

**Caren Lay**

Mieten-, bau- und wohnungspolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE im Bundestag

**Mieten steigen rasant weiter – Mietenstopp dringend erforderlich**

Die Mieten in den großen deutschen Städten steigen weiter. Das zeigt die Antwort der Bundesregierung auf eine schriftliche Frage der Bundestagsabgeordneten Caren Lay, Sprecherin für Mieten-, Bau- und Wohnungspolitik der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag.

So sind die Angebotsmieten laut Angaben der Bundesregierung in den letzten sechs Jahren in Berlin um fast 44% gestiegen (siehe Tabelle). Ähnlich hohe Preissteigerungen gab es in Heidelberg (40,6%), Osnabrück (35,7%) und Bielefeld (34,8%). Die höchste absolute Steigerung der Miete ergab sich im Zeitraum von 2015 – 2021 in München. Dort stiegen die Mieten um durchschnittlich 4,69€ auf durchschnittlich 19,27€ pro Quadratmeter. In Berlin betrug die Steigerung im gleichen Zeitraum 3,71€ und in Heidelberg 3,65€.

Stadt	Miete 2015	Miete 2021	Steigerung absolut	Steigerung Prozentual (eigene Berechnung)
Berlin	8,52 €	12,23 €	3,71 €	43,54%
Bielefeld	6,15 €	8,29 €	2,14 €	34,80%
Frankfurt	11,42 €	14,22 €	2,80 €	24,52%
Freiburg	11,29 €	14,14 €	2,85 €	25,24%
Hamburg	10,03 €	12,52 €	2,49 €	24,83%
Heidelberg	9,00 €	12,65 €	3,65 €	40,56%
Köln	9,66 €	12,16 €	2,50 €	25,88%
Mainz	9,86 €	12,22 €	2,36 €	23,94%
München	14,58 €	19,27 €	4,69 €	32,17%
Osnabrück	6,48 €	8,79 €	2,31 €	35,65%
Stuttgart	11,06 €	14,44 €	3,38 €	30,56%

Quelle: Schriftliche Frage von Caren Lay (Antwort vom 14.02.21), eigene Auswertung

Dazu erklärt Caren Lay:

*„Die Mietpreisspirale dreht sich unaufhörlich weiter. Wenn in Berlin die durchschnittlichen Mietpreise binnen sechs Jahren um knapp 45% steigen, zeigt sich, welch großes Ausmaß die Mietenkrise inzwischen angenommen hat. Zehntausende Menschen können ihre Mieten nicht mehr zahlen oder müssen einen immer höheren Anteil ihres Einkommens für die Miete aufwenden. Der starke Anstieg der Angebotsmieten verdeutlicht einmal mehr, dass die Mietpreisbremse keinen ausreichenden Schutz für Mieterinnen und Mieter bietet. Mit dieser Rallye am Wohnungsmarkt muss endlich Schluss sein. Die Ampel muss im Mietrecht konsequent eingreifen. Die im Koalitionsvertrag vereinbarte Absenkung der Kappungsgrenze ist ein kleiner Tropfen auf den viel zu heißen Stein der Mietenkrise. Angesichts der dramatischen Lage auf dem Wohnungsmarkt ist die Einführung eines Mietenstopps dringend erforderlich. Dieser wird auch von einem breiten Bündnis gefordert. Wir*

**Caren Lay**

Mieten-, bau- und wohnungspolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE im Bundestag

*fordern darüber hinaus einen bundesweiten Mietendeckel in Städten mit angespanntem Wohnungsmarkt. Dazu haben wir im vergangenen Herbst ein wasserdichtes Konzept vorgelegt. Unser Konzept des Mietendeckels besteht aus den Elementen Mietestopp, Mietobergrenzen und Mietsenkungen. Bundesweit könnten somit knapp 1,7 Millionen Haushalte entlastet werden.“*

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung veröffentlicht am Freitag (18.02, 10.00 Uhr) eine Homepage, auf der die Wirkung der verschiedenen Bausteine des Mietendeckels auf die Mietpreise in verschiedenen Städten dargestellt wird (<https://www.rosalux.de/mietendeckel>). Zudem veröffentlicht das Bündnis Mietestopp am Freitag im Rahmen einer Pressekonferenz ihre Forderungen zur Bekämpfung der Mietkrise.